

Das Handelsvolumen zwischen China und Schweden habe sich 1993 auf 990 Mio.US\$ belaufen (= +43,7% gegenüber dem Vorjahr) und auf 1,3 Mrd.US\$ i.J. 1994 (= +33,7%). Schweden hat sich damit zum größten Handelspartner Chinas in Nordeuropa entwickelt (= 40% des Handelsaustausches). Der chinesisch-finnische Handel belief sich 1993 auf 420 Mio. und 1994 auf 603 Mio.US\$, der chinesisch-norwegische Handel auf 307 Mio.US\$ i.J. 1994. (XNA, 13.6.95) China exportiert nach Nordeuropa hauptsächlich Textilien, Leichtindustriegüter, Nahrungsmittel und Handwerksartikel und bezieht von dort Maschinen, Transport- und Telekommunikationsgüter, optische Geräte, Papierpulle, Papier, Düngemittel, Stahl und Schiffe.

Empfindlichkeiten traten auch bei dem ansonsten harmonisch verlaufenen Besuch Lis zutage. Als nämlich bekannt wurde, daß ein lokaler Regierungsvertreter in Kiruna (Nordschweden) sich mit der Absicht trage, die chinesische Politik zu kritisieren, sagte Li seine Reise dorthin ab. (SCMP, 26.6.95)

Die chinesische Außenpolitik läßt sich von Gewichtungüberlegungen leiten: Während sich z.Zt. die Beziehungen zu den USA rapide verschlechtern, müssen gegenüber anderen Ländern des Westens dafür - gleichsam im Ausgleich - bessere Beziehungen angeknüpft werden. Daher auch die freundlichen Gesten gegenüber den nordeuropäischen Ländern - und nicht zuletzt gegenüber der Bundesrepublik Deutschland! -we-

Innenpolitik

*(7)

Demokratisierungsstrategien der chinesischen Exilopposition: Distanzierung von "idealistischen" Programmen

Während seines Europabesuches im Juni hat Wang Juntao, einer der führenden Repräsentanten der chinesischen Exilopposition, sich auf einer Diskussionsveranstaltung an der Universität Hamburg ausführlich zu den Chancen und Strategien einer Demokratisierung in China geäußert. Die Veranstaltung war vom Universitätsseminar für Sprache und Kultur Chinas sowie vom Institut für Asienkunde gemeinsam organisiert worden.

Wang Juntao gehört zu den Veteranen unter den chinesischen Dissidenten. Er war seit 1976 ("Bewegung vom 5.April") in mehreren Protestbewegungen aktiv, hatte 1978-81 jedoch auch Kontakt zu reformorientierten Mitgliedern des KP-Establishments (unter anderem Hu Yaobang) gepflegt. Wang hatte 1989 während der Beijinger Protestbewegung wesentlichen Anteil an der Organisation von Demonstrationen und Hungerstreiks der Studenten. Aus diesem Grunde wurde er 1991 als "Schwarze Hand" (*heishou*) und als "Rädelsführer" der Protestbewegung zu 13 Jahren Haft verurteilt. In der Haft erkrankte Wang schwer und wurde schließlich 1994 in die Vereinigten Staaten abgeschoben, nachdem sich mehrere westliche Politiker, darunter auch Außenminister Kinkel, in Beijing persönlich für seine Freilassung eingesetzt hatten.

Schon bald nach seiner Ankunft in den USA gründete Wang Juntao in Washington das "China Strategic Institute" (*Zhongguo zhanlüe yanjiusuo*), das Strategien der demokratischen Erneuerung für China entwickeln soll.

Einige grundsätzliche Aussagen Wangs während der Hamburger Veranstaltung seien im folgenden wiedergegeben.

* *Weniger Wunschenken, mehr Realismus*

Die demokratische Opposition innerhalb und außerhalb Chinas dürfe nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß in der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zur Zeit kein starkes Interesse an Demokratie und Menschenrechten bestehe. Die Menschen seien meist damit beschäftigt, die Folgen der rasanten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen zu verarbeiten und die dabei entstehenden Chancen zu nutzen. Der Wunsch, stärker in der Politik mitzuwirken, sei nur bei sehr wenigen vorhanden.

* *Praktische Demokratie statt programmatischer Debatten*

Unter diesen Bedingungen würden Forderungen nach demokratischen Reformen nur dann breite Unterstützung in der chinesischen Bevölkerung finden, wenn sie einen Beitrag zur Lösung konkreter sozialer Probleme leisteten. Die Verkündung abstrakter politischer Maximalprogramme sei deshalb keine erfolgversprechende Strategie, um für die Demokratie in China zu werben.

Die chinesische Demokratiebewegung werde sich in Zukunft viel stärker an den handfesten Problemen der Menschen in China orientieren müssen. Man müsse deutlich machen, daß etwa die Kontrolle von Korruption und staatlicher Willkür mit demokratischen Methoden viel wirkungsvoller als mit autoritären Methoden zu gewährleisten sei.

* *Volkskongresse und Rechtssystem als Einbruchstellen für die Demokratiebewegung*

Im System der chinesischen Volkskongresse hätten sich in den letzten Jahren bemerkenswerte Verschiebungen ergeben; die Delegierten besonders in lokalen und regionalen Volkskongressen demonstrierten ein größeres Selbstbewußtsein gegenüber den jeweiligen Regierungen.

Vor diesem Hintergrund plane die innerchinesische demokratische Opposition, zu den Volkskongreßwahlen auf Gemeinde- und Kreisebene (nur auf diesen Ebenen werden die Delegierten durch die Bevölkerung direkt gewählt) im Jahre 1997 unabhängige Kandidaten in mehr als einhundert Orten aufzustellen. Diese Kandidaten würden sich für die Lösung konkreter politischer und sozialer Probleme vor Ort einsetzen und mit praktischen Vorschlägen für ihre Wahl werben.

Ansatzpunkte für die Demokratisierung böten sich auch mit der Entwicklung des Rechtssystems und der wachsenden Zahl juristisch ausgebildeter Fachkräfte in den politischen Zentren Chinas. Diese neuen Kräfte, die politischen Interventionen in Rechtsprechung und Gesetzesvollzug kritisch gegenüberstünden, gelte es gezielt zu unterstützen.

* *Wettbewerb zwischen Interessengruppen und Herausbildung einer "Demokratie im Graubereich"*

Eine demokratische Ordnung lasse sich nicht einfach durch Verabschiedung einer neuen Verfassung installieren; das machten die Transformationsprobleme in der ehemaligen Sowjetunion deutlich. Auch in China werde die Entstehung eines offenen politischen Wettbewerbs eine längere Übergangsperiode benötigen.

Wahrscheinlich sei jedoch, daß mittelfristig verschiedene Interessengruppen in Staat und Gesellschaft über eine Phase der Rivalität zu "Regeln" des politischen Konflikts und

Ausgleichs finden könnten. So werde zunächst eine "Demokratie im Graubereich" der chinesischen Politik (*huise minzhu*) entstehen, die noch viele Unvollkommenheiten und Machtverzerrungen aufweise.

Ansätze zu einer Konkurrenz zwischen politischen Interessengruppen seien schon heute in der Vielfalt gesellschaftlicher Vereinigungen, aber auch in den verschiedenen Meinungsgruppen innerhalb der Kommunistischen Partei zu erkennen. Aus der Konkurrenz um Macht könnten Formen der Gewaltenteilung entstehen, aus konkurrierenden Gruppen könnten Parteien werden, die mit legalen Mitteln um die Macht rängen. Allmählich würden sich Regeln des politischen Wettbewerbs durchsetzen, die dann in Verfassung und Gesetzen verankert werden könnten.

Wang Juntaos Ausführungen reflektieren einen Trend in der chinesischen Oppositionsbewegung, der in den letzten anderthalb Jahren auf dem Vormarsch ist: "konstruktive" (*jianshexing de*) politische Arbeit soll die "idealistische" Programmarbeit ablösen, die in der chinesischen Bevölkerung auf wenig Widerhall stößt. "Realpolitikern" in der chinesischen Opposition, zu denen Wang Juntao gehört, geht es darum, möglichst bald politischen Einfluß auf die gegenwärtige Entwicklung in China zu gewinnen. Politische Kompromisse mit den derzeitigen Machthabern werden zu diesem Zwecke befürwortet.

So signalisiert die chinesische Opposition in jüngster Zeit häufig Gesprächsbereitschaft gegenüber denjenigen Kräften in der Kommunistischen Partei, die in begrenztem Umfang "demokratische Methoden" (etwa größere Mitwirkungsmöglichkeiten für Parteimitglieder in innerparteilichen Wahlvorgängen, verbesserte Aufsichtsmöglichkeiten der Volkskongresse gegenüber Regierungsorganen, etc.) propagieren.

Während allerdings Exilpolitiker wie Wang Juntao hoffen, daß durch solche Schritte ein sich selbst organisierender politischer Wettbewerb in Gang kommt, an dem auch die politische Opposition Anteil nehmen kann, verbinden die Mächtigen in China damit andere Interessen: Die von ihnen befürworteten "demokratischen" Kontrollinstrumente sollen der Modernisierung und Stärkung der Einparteiherrschaft, nicht jedoch der Errichtung einer Wettbewerbsdemokratie dienen. -hei-

*(8)

Parteizentrale verstärkt Personalkontrolle gegenüber lokalen Führungen

In den letzten Monaten ist es wiederholt zu weitreichenden personellen Umbesetzungen in den Provinzen gekommen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß in den offiziellen Meldungen die Rolle der Beijinger Partei- und Regierungszentrale für die Personalentscheidungen stets besonders hervorgehoben wurde.

So wurde etwa der Parteisekretär der Provinz Yunnan ausdrücklich "gemäß einer Entscheidung des Zentralkomitees der KPCh" seines Postens enthoben und durch den bisherigen Gouverneur der nordostchinesischen Provinz Jilin abgelöst. (Xinhua, Beijing, 18.6.95, nach SWB, 20.6.95)

Die Parteizentrale begnügt sich jedoch nicht damit, die Spitzenpositionen auf Provinzebene nach eigenem Ermessen zu besetzen. Die Beijinger Interventionen reichen zum Teil bis in die Besetzung der einzelnen wirtschaftspolitischen Abteilungen in den Provinzregierungen hinein. Aus der Provinz Hubei wurde Ende Mai eine umfassende Neubesetzung in Leitungspositionen der Wirtschaftsverwaltung gemeldet. Betont wurde, daß dieses Revirement auf ein "Zirkular des Zentralkomitees der KPCh und des Staatsrates über die institutionelle Reform von Partei und Regierung in der Provinz Hubei" zurückging. (Hubei Volksradio, 27.5.95, nach SWB, 22.6.95)

Die Personalhoheit der Parteizentrale erstreckt sich nach den Bestimmungen des 1990 revidierten Nomenklatura-Systems nicht nur auf die Provinzebene, sondern auch auf die Bezirksebene bzw. auf Großstädte, die einen bezirksgleichen Rang im Verwaltungssystem einnehmen. Diese Bestimmungen wurden kürzlich gegenüber der Führung der Stadt Qingdao (Provinz Shandong) geltend gemacht: Erst nachdem ein "Zirkular der Organisationsabteilung des Zentralkomitees" die Personalveränderungen offiziell "bestätigt" hatte, konnte der neue Bürgermeister Qingdaos in sein Amt eingesetzt werden. (*Dazhong Ribao*, Jinan, 4.6.95, nach SWB, 20.6.95)

Die Parteizentrale besitzt mit ihrer Personalhoheit ein mächtiges Instrument zur Disziplinierung unbotmäßiger regionaler Führungen. Nicht immer jedoch hat die Parteizentrale von ihren Nomenklatura-Kompetenzen so ent-

schlossen Gebrauch gemacht wie in den letzten anderthalb Jahren: In jüngster Zeit scheint nicht nur die Personalpolitik auf Provinzebene, sondern selbst die Ernennung von Spitzenfunktionären auf Bezirksebene von Beijing konsequent überwacht zu werden.

Solche administrativen Details belegen, daß der vielzitierte "Regionalismus" (Schwächung der Zentralgewalt und Verselbständigung der Provinzen) seine Grenzen hat: Solange das Nomenklatura-System der KPCh existiert, werden zentrifugale Tendenzen in den Regionen auf grundsätzliche Sperren treffen. -hei-

*(9)

Politische Modernisierung in Zhejiang: Volkskongresse beaufsichtigen Regierungen

Die Provinz Zhejiang an Chinas Ostküste gilt aufgrund ihrer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung und ihres vergleichsweise hohen Einkommens- und Bildungsniveaus als eine der Regionen mit dem größten Zukunftspotential in China.

Über die wirtschaftlichen Erfolge hinaus könnte die Provinz auch im Bereich des politischen Systems zu den Trendsettern unter Chinas Regionen werden. Darauf weisen zumindest die begrenzten institutionellen Reformen im Verhältnis zwischen Regierungsorganen und Volkskongressen hin, die in den letzten Jahren in Gang gekommen sind.

Aufsehen hatte der Provinzvolkskongreß Zhejiangs im Dezember 1992 erregt, als ein Kandidat zum Provinzgouverneur gewählt wurde, der nicht den Vorgaben der Beijinger Parteizentrale entsprach. Trotz vieler Bedenken und nach längerem Zögern bestätigte die ZK-Organisationsabteilung - einer persönlichen Weisung von Parteichef Jiang Zemin folgend - schließlich die eigensinnige Personalentscheidung.

In den letzten Jahren sind auch in den Kreisen und Städten Zhejiangs die Volkskongresse zu neuem Leben erwacht. Die Ständigen Ausschüsse der Volksvertretungen haben mit Unterstützung der Provinzregierung ihre Aufsicht über die Regierungsorgane auf den verschiedenen Verwaltungsebenen verstärken können. Untersuchungen und Beschwerden der Volkskongresse sollen nach offiziellen Meldungen in mehreren Kreisen zur Abberufung korrupter oder nachlässiger Funktionäre geführt haben.

Besonders die Kreisregierungen müssen sich in wachsendem Maße den Aufsichtsbefugnissen der lokalen Volkskongresse stellen. (XNA, 1.7.95; Xinhua, 6.6.95, nach SWB, 8.6.95)

Nach Meldungen der Hongkonger *South China Morning Post* (SCMP, 8.6.95) steht hinter den jüngsten Meldungen der staatlichen Xinhua-Nachrichtenagentur, in der eine Stärkung der Aufsichtskompetenzen der Volkskongresse als wichtiger Schritt der Modernisierung des Regierungssystems gepriesen wird, eine Politbüro-Entscheidung. Anfang dieses Jahres soll sich das KP-Politbüro dafür ausgesprochen haben, die Aufsichts- und Kontrollbefugnisse der Volkskongresse schrittweise zu stärken.

Beabsichtigt ist damit eine Disziplinierung der Regierungen auf den unteren Ebenen des politischen Systems: Korruption, Amtswillkür und mangelnde Haushaltsdisziplin sollen offenbar mit Hilfe der Volkskongresse eingedämmt werden. Ausgehen sollen diese politischen Experimente vornehmlich von Regionen an der Ostküste, denen durch ihr höheres Einkommens- und Bildungsniveau eine größere politische Reife zugetraut wird. Die Provinz Zhejiang gehört zu diesen Regionen.

Für die gestärkte Position der Volkskongresse in der Provinz Zhejiang sind jedoch auch politische Faktoren bedeutsam, die nur zum Teil von Beijing kontrolliert werden:

- Aus der erfolgreichen Rebellion gegen die Beijinger Personalkontrolle im Jahre 1992 (als die Mehrheit der Delegierten im Provinzvolkskongreß den von Beijing benannten Kandidaten ablehnte und einen Kandidaten durchsetzte, der aus den eigenen Reihen heraus vorgeschlagen worden war) können die regionalen Volkskongreßdelegierten politisches Selbstbewußtsein beziehen.
- Der 1992 neugewählte Gouverneur Wan Xueyan verdankt sein Amt nicht Beijing, sondern der Eigenwilligkeit des Provinzvolkskongresses. Wohl auch aus diesem Grund tritt Wan Xueyan für eine Stärkung der Kompetenzen der regionalen Volkskongresse ein. So hat er erst kürzlich alle Regierungsorgane und Regierungsbeamten in der Provinz angewiesen, zu "Kritik, Vorschlägen und Meinungen", die aus den Volkskongressen geäußert werden, umgehend Stellung zu nehmen. (Xinhua, 6.6.95, SWB, 8.6.95)

- Qiao Shi, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses, verspricht sich von der Stärkung der Volkskongresse nicht nur eine Verbesserung seiner politischen Position, sondern auch eine Modernisierung und Effizienzsteigerung der politischen Institutionen insgesamt. In diesem Juni hat Qiao Shi eine Inspektionsreise in Zhejiang durchgeführt und sich dabei sehr positiv über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der Provinz geäußert. Das über die amtliche Nachrichtenagentur verbreitete Lob für das regionale Volkskongreß-System steht offenkundig in Zusammenhang mit Qiao Shis Besuch in der Provinz.

Auf dem Weg zu einer verstärkten "parlamentarischen" Kontrolle der Regierungsorgane sind die Provinzen Zhejiang und Guangdong gegenwärtig am weitesten fortgeschritten. In beiden Provinzen wurden bereits Bestimmungen verabschiedet, in denen geregelt wird, in welcher Weise und in welcher Zeitspanne Regierungsstellen zu Kritik und Vorschlägen aus den Volkskongressen Stellung beziehen müssen.

Darüber hinaus sind führende Vertreter des Volkskongreßsystems aus diesen beiden Provinzen in den letzten Jahren wiederholt mit couragierten Reformvorschlägen an die Öffentlichkeit getreten. So hatten etwa Volkskongreßdelegierte aus Guangdong gefordert, die irregulären Geschäftsaktivitäten nicht nur von Regierungsbeamten, sondern auch von Offizieren der Volksbefreiungsarmee der Aufsicht durch die Volkskongresse zu unterstellen. (Siehe C.a., 94/3, S. 270-271)

Es bleibt abzuwarten, wie weit die richtungweisenden politischen Sonderentwicklungen in diesen beiden Provinzen werden gehen dürfen. Beijing wird kaum zulassen können, daß sich ein "Provinzparlamentarismus" auszubilden beginnt, der seine Existenzberechtigung nicht mehr aus politischen und personellen Vorgaben der Parteizentrale bezieht, sondern auf eine eigenständige "regionale Legitimation" zurückgreifen könnte.

Allein die Tatsache, daß der Provinzgouverneur in Zhejiang sein Amt nicht Beijing, sondern dem Provinzvolkskongreß zu verdanken hat, dürfte für Beijing eine beunruhigende Tatsache sein. Allerdings ist auch dieser Gouverneur Mitglied der Kommunistischen Partei.

Und darüber hinaus ist er in der Parteihierarchie dem Provinzpartei sekretär untergeordnet.

Trotz der besonderen politischen Verhältnisse in Zhejiang braucht die Parteizentrale also nicht ernsthaft zu bangen: Die politische Kontrolle der Zentrale über die Provinz Zhejiang bleibt grundsätzlich gesichert. -hei-

*(10)

Die Kommunistische Partei wächst: 55 Mio. Mitglieder - neuer Rekrutierungsschub

Die Organisationsabteilung des KP-Zentralkomitees hat im Juni bekanntgegeben, daß die Kommunistische Partei weiterhin in raschem Wachstum und Wandel begriffen sei.

Die KPCh habe nun mehr als 55 Mio. Mitglieder. Im letzten Jahr seien 1,87 Mio. neue Mitglieder aufgenommen worden. Knapp 13 Mio. Chinesen hätten einen Antrag auf Parteimitgliedschaft gestellt. Die Zahl der KP-Basisorganisationen sei auf 3,4 Mio. gestiegen.

Das Bildungsprofil der Parteimitgliedschaft habe sich seit 1978 stark gewandelt. Während damals nur 27% über einen Oberschul- oder Hochschulabschluß verfügt hätten, seien es heute rund 40%.

21,1% der Mitglieder seien jünger als 35 Jahre. 47% aller Parteimitglieder seien erst nach der "Kulturrevolution" (offizielle Datierung: 1966-1976) in die Partei eingetreten. 15,3% der Mitglieder seien Frauen; 5,8% Angehörige ethnischer Minderheiten. (XNA, 30.6.95; RMRB, 30.6.95)

An Hochschulen und Universitäten habe sich der Anteil von Parteimitgliedern an der Studentenschaft von 0,8% (1990) auf 2,5% erhöht. Viele Studenten bewürben sich um eine Parteimitgliedschaft. Parteimitglieder unter den Universitätsabsolventen fänden aufgrund ihrer Einsatzfreude und guten Studienergebnisse gewöhnlich einen guten Arbeitsplatz nach ihrem Abschluß. (XNA, 28.6.95)

Wie lassen sich diese offiziellen Erfolgsmeldungen einschätzen? Die Kommunistische Partei hat in den letzten Jahren verstärkt Anstrengungen unternommen, neue hochqualifizierte Mitglieder zu werben und die Präsenz der KPCh in

zentralen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft (etwa in Kollektiv- und Privatunternehmen wie auch an den Hochschulen) zu stärken.

Nach Meldungen des Hongkonger Nachrichtenmagazins *Wettstreit* (ZM, 95/7, S.21-22) allerdings ist die Parteizentrale mit den Rekrutierungserfolgen im Unternehmens- und Hochschulbereich nicht zufrieden. Die von den KP-Organisationsabteilungen vorgegebenen Rekrutierungsquoten für neue Parteimitglieder (*fazhan dangyuan zhibiao*) haben sich in den letzten Jahren offenbar nur zum Teil erfüllen lassen. Mitglieder der Beijinger Führung rufen deshalb in diesem Jahr zu einem neuen Rekrutierungsschub auf.

Aus Shandong wurde im Juni gemeldet, daß die Rekrutierung und Schulung von Parteimitgliedern und Parteikadern in besonderem Maße den Unternehmensreformen im Staats- und Kollektivsektor zu dienen habe. (Shandong Volksradio, 24.6.95, nach SWB, 27.6.) Es gehe darum, ein "starkes Kontingent" von Unternehmenskadern aufzubauen, die sowohl über politisch-organisatorische als auch über ökonomische Talente verfügten.

Nicht nur in den Staats- und Kollektivunternehmen Shandongs habe die Kommunistische Partei ihre Präsenz gestärkt. Auch in 96% der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung und in 66% der Privatunternehmen in Shandong seien Parteiorganisationen errichtet worden. Die Parteimitglieder kümmernten sich intensiv um Fragen der Unternehmensführung, seien aber auch mit politischen und ideologischen Aufgaben betraut.

Die jüngsten Meldungen über die Aktivitäten der Kommunistischen Partei machen deutlich, wie weit der Arm der KP-Organisation in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft immer noch reicht. Die Führung um Jiang Zemin hat sich eine Straffung und Modernisierung der Parteiorganisation zum Ziel gesetzt und kann zumindest in den letzten beiden Jahren auf gewisse Erfolge in diesen Bemühungen verweisen. -hei-

* (11)

Unternehmer in Guangzhou protestieren gegen korrupte Beamte

Mitte Juni hat eine Gruppe von rund 30 chinesischen Unternehmern vor dem Sitz der Provinzregierung in Guangzhou

gegen die Korruption in der Wirtschaftsverwaltung protestiert. Beamte der Guangdonger Provinzregierung hätten im Zusammenhang mit Unternehmensverlegungen hohe Summen von ihnen erpressen wollen.

Die Protestaktion verlief zunächst friedlich. Als Sicherheitskräfte gegen die Unternehmer vorgingen, kam es jedoch zu Rangeleien. Vier der Protestteilnehmer sollen vorübergehend festgenommen worden sein. (Television Broadcast Ltd., Hongkong, 14.6.95, nach SWB, 16.6.95)

An diesem Vorfall sind zwei Aspekte bemerkenswert:

Erstens sind Unternehmer und Beamte der Wirtschaftsbürokratie auf lokaler Ebene gewöhnlich durch persönliche Beziehungen, regelmäßige Sonderzuwendungen von seiten der Unternehmer und andere gegenseitige Gefälligkeiten verbunden. Dieses Geflecht scheint im Guangzhouer Fall durch überzogene Forderungen der Beamten verletzt worden zu sein.

Unternehmerproteste gegen die Wirtschaftsverwaltung sind bisher ein seltenes Phänomen in China. Es ist jedoch zu erwarten, daß die Geschäftsleute sich die Gängelungen und Abschöpfungspraktiken der Beamten nicht auf ewig gefallen lassen werden. Der Guangzhouer Protest hat vor diesem Hintergrund vielleicht zukunftsweisende Bedeutung.

Zweitens wählten die Unternehmer einen heiklen Zeitpunkt für ihren Protest: die Ankunft des Leiters der Hongkonger "Independent Commission Against Corruption" (ICAR) in Guangzhou. Der Amtsbesuch sollte der Zusammenarbeit zwischen Guangdonger und Hongkonger Behörden in der Korruptionsbekämpfung dienen. Die Unternehmer nutzten diesen Anlaß für ihre Beschwerden.

Hierin zeigt sich, daß die wirtschaftliche Integration zwischen Hongkong und Guangdong auch im politischen Bereich Folgen nach sich zieht: In der Korruptionsbekämpfung wird sich die Regierung Guangdongs an der Hongkonger ICAR messen lassen müssen, die große Erfolge in der "Säuberung" des Hongkonger Verwaltungs- und Polizeiapparates vorzuweisen hat. -hei-

* (12)

Zhu Rongji vom Amt des Zentralbankgouverneurs zurückgetreten: Kontinuität durch Nachfolger gesichert

Ende Juni ist Zhu Rongji von seinem Amt als Gouverneur der chinesischen Zentralbank "mit Rücksicht auf die Notwendigkeiten seiner Tätigkeit" als stellvertretender Ministerpräsident zurückgetreten. Der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses nahm Zhus Rücktrittsgesuch an und billigte die Ernennung Dai Xianglongs zum neuen Zentralbankgouverneur.

Zhu Rongjis Rücktritt kann nicht als Anzeichen eines drohenden Machtverlustes gesehen werden. Im Gegenteil: Mit der Verabschiedung der Gesetze über die Zentralbank sowie über die Geschäftsbanken in diesem Frühjahr hat Zhu eine grundlegende Reform des chinesischen Bankwesens auf den Weg gebracht. In seiner Amtszeit als Zentralbankgouverneur hat sich Zhu zwar nur mit mäßigem Erfolg um die Eindämmung der Inflation bemüht. Seine Leistungen bei der Reform des Bankensystems sind jedoch unbestreitbar. Auch die erfolgreichen Schritte hin zur Stabilisierung und Konvertibilität des RMB Yuan können seinem energischen Engagement zugute gehalten werden.

Zhu Rongji hat sich durch seinen oft kompromißlosen Einsatz für die Ziele gesamtwirtschaftlicher Stabilität viele mächtige Feinde in Beijinger Ministerien und unter den regionalen Führungen geschaffen. Seine Erfolge bei der Einleitung der Finanz- und Bankenreformen in den letzten Jahren haben seine Position jedoch gestärkt. Zur Zeit genießt er offenbar die nachdrückliche Unterstützung Jiang Zemin und sogar Li Pengs in seinen Reformbemühungen. (SCMP, 28.6.95; Xinhua, 30.6.95, nach SWB, 1.7.95)

Nach seinem Rückzug aus der Zentralbank kann Zhu Rongji sich nun auf zwei außerordentlich schwierige Aufgaben bei der Transformation des Wirtschaftssystems konzentrieren: die Reform der Staatsunternehmen und die Durchsetzung der Anfang 1994 eingeleiteten und bis heute in den Provinzen umstrittenen Finanz- und Steuerreformen.

Zhu Rongjis Einfluß auf das Bankensystem wird durch seinen Rücktritt nicht vollständig verlorengehen: Als führen-

des Mitglied der ressortübergreifenden "Führungsgruppe für Finanzen und Wirtschaft" unter dem KP-Politbüro kann er auch weiterhin unmittelbaren Einfluß geltend machen.

Der neue Zentralbankgouverneur, der fünfzigjährige Dai Xianglong, ist ein langjähriger Vertrauter Zhu Rongjis und ein ausgewiesener Fachmann für das Bankenwesen und die Geldpolitik. Zeit seines Lebens hat Dai im chinesischen Bankensektor nicht nur in Beijing, sondern auch in mehreren anderen Regionen gearbeitet. Zhu Rongji berief Dai Xianglong 1993 zum stellvertretenden Gouverneur der Zentralbank.

Dai Xianglong war an der Ausarbeitung und Durchsetzung der jüngsten Finanz- und Bankenreformen führend beteiligt. Somit wird Dai für Kontinuität in der Geldpolitik und bei der Bankenreform einstehen. In einem Interview hat Dai bekundet, daß er der Förderung des Geschäftsbankenwesens und funktionierender Kapitalmärkte besondere Beachtung schenken werde.

Dai verfügt nicht nur über langjährige Arbeitserfahrung im Bankensystem, sondern offenbar auch über die im chinesischen Machtapparat unverzichtbaren, weitgespannten persönlichen Kontakte. Hierbei wird ihm auch von Nutzen sein, daß er als Kandidat des KP-Zentralkomitees über eine hervorgehobene Position in der Parteiorganisation verfügt.

Da Dai Xianglong - anders als Zhu Rongji - kein zusätzliches Regierungsamt bekleidet, läßt sich das neue Führungsarrangement an der Spitze der Zentralbank auch als Zeichen dafür deuten, daß die "Unabhängigkeit der Zentralbank", wie sie im neuen Gesetz vorgesehen ist, reale Bedeutung entfalten könnte. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(13)

Wissenschaftskonferenz der Pazifikanrainer: Umwelt, Klimaveränderungen, Ressourcen, Bevölkerung

Vom 5.-11.Juni 1995 fand in Beijing der 18. Pazifische Wissenschaftskongreß statt. Ein solcher Kongreß wird alle vier Jahre abgehalten. Die Pazifi-

sche Wissenschaftsgesellschaft, eine Nichtregierungsorganisation, wurde vor 75 Jahren in den USA gegründet mit dem Ziel, die wissenschaftliche Kooperation unter den Pazifikanrainern zu fördern. An dem Kongreß nahmen über 1000 Vertreter aus mehr als 50 Ländern und Regionen teil. Schwerpunkte des diesjährigen Kongresses waren die Themen Umwelt, Ressourcen und Bevölkerung (RMRB, 6.6.95; XNA, 2. u. 6.6.95). Neben namhaften chinesischen Wissenschaftlern sprachen auch einige Politiker auf der Konferenz, z.B. zur Eröffnung der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing, die stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik Deng Nan und die Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Familienplanung Peng Peiyun. Letztere nutzte die Gelegenheit, Chinas Familienplanungspolitik zu erläutern; Chinas Ziel dabei sei die Förderung einer koordinierten Entwicklung von Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern. Auch Deng Nan ging in ihrem Vortrag von der kritischen Bevölkerungssituation in China aus; das hohe Bevölkerungswachstum, die begrenzten natürlichen Ressourcen und Umweltprobleme behinderten ernsthaft die Entwicklung des Landes und die Anhebung des Lebensstandards. China habe weder genügend Toleranzbreite bei seiner Umwelt, wie sie die entwickelten Länder im Laufe ihrer Industrialisierung besessen hätten, noch die finanziellen Mittel und die Technologie, die jetzt den entwickelten Ländern zur Verfügung stünden. Deshalb müsse China einen Entwicklungsweg einschlagen, der seinen nationalen Bedingungen entspräche, d.h. China müsse seinen eigenen Weg zur Erlangung einer nachhaltigen, schnellen und gesunden Entwicklung finden. (Xinhua Inlanddienst, Beijing, 11.6.95, nach SWB, 21.6.95) Es hat den Anschein, daß beiden Politikerinnen in erster Linie daran gelegen war, Chinas strikte und international häufig kritisierte Familienplanungspolitik zu rechtfertigen.

Demgegenüber ließen die Referate anderer chinesischer Teilnehmer weniger Propaganda, dafür aber den Trend erkennen, daß sich in China zumindest die Wissenschaft zunehmend mit ökologischen Problemen befaßt. Besondere Aufmerksamkeit widmeten chinesische Wissenschaftler z.B. den Auswirkungen der Klimaveränderungen auf die chinesische Landwirtschaft. Nach ihrer Auffassung beeinträchtigt die allmähliche

Erwärmung der Erde die chinesische Landwirtschaft in dem Sinne, daß China über kurz oder lang bezüglich seiner Getreideproduktion nicht mehr autark sein wird. Lin Erda beispielsweise, Direktor des Agrometeorologischen Instituts der Chinesischen Akademie der Agrarwissenschaften, begründete die Zunahme von Dürrekatastrophen, Taifunen und Niederschlägen in verschiedenen Landesteilen mit der Erwärmung der Erde. China müsse Gegenmaßnahmen ergreifen und mehr in die Landwirtschaft investieren. Mit Ausnahme einiger Regionen in Nordostchina und am Mittel- und Unterlauf des Yangzi sei in Ostchina ein starker Rückgang der Niederschläge zu verzeichnen. Wenn dieser Klimatrend anhalte, sei ein großer Teil der chinesischen Landwirtschaft im nächsten Jahrhundert mit kürzeren Anbauperioden und zunehmendem Wassermangel konfrontiert; hier helfe nur eine Ausweitung der künstlichen Bewässerung. Diese wiederum erfordere immense Investitionen in den Wasserbau.

Selbstkritisch gab Lin Erda in einem Interview mit Xinhua zu, daß China sich bei seinen Strategien für die landwirtschaftliche Produktion bisher hauptsächlich von dem Druck der wachsenden Bevölkerung habe leiten lassen und weniger von dem möglichen Druck, der durch die Umwelt entsteht, wie z.B. durch die Erderwärmung. Zugleich forderte er die entwickelten Länder, denen er die Hauptschuld an der Erwärmung der Erde gab, auf, den Entwicklungsländern wirtschaftliche Hilfe zuteil werden zu lassen, damit diese die Folgen der Klimaveränderungen bewältigen könnten.

Als weitere Folge der Erderwärmung neben Dürren, Zunahme von Taifunen und Winderosion wurde auf der Konferenz auf das Ansteigen des Meeresspiegels hingewiesen. Dieses stelle eine Bedrohung für die Land- und Fischwirtschaft in den Küstenregionen dar. Einem Bericht der Weltbank und chinesischer Behörden vom März dieses Jahres zufolge würden bis zum Jahr 2050 in Ostchina 34 Städte und Kreise und im Perlfußdelta in Südchina 14 Städte aufgrund des steigenden Meeresspiegels überschwemmt werden, wenn keine Schutzmaßnahmen ergriffen würden. (XNA, 12.6.95, nach SWB, 13.6.95)

-st-